



Bundeskonferenz 2022

Solidarität mit dem Widerstand in der Ukraine und der russischen Antikriegsbewegung! Stoppt den Krieg!

Am Krieg in der Ukraine sind – in unterschiedlicher Weise und mit unterschiedlichen Verantwortungen – drei Parteien beteiligt: das Regime Putin, die Bevölkerung in der Ukraine und die herrschenden Klassen in den Ländern der NATO, allen voran die USA.

1.

Das Regime Putins, des starken Manns der russischen Oligarchie, trägt die Hauptverantwortung für den Krieg. Der Überfall auf die Ukraine ist durch nichts zu rechtfertigen, er entspringt russischen Großmachtinteressen. Putins Amtsübernahme im Jahr 2000 war und ist unverändert und unmissverständlich darauf ausgerichtet, eine weitere Verselbständigung dessen, was von der Sowjetunion im russischen Einflussbereich übriggeblieben ist, zu verhindern. Zu diesem Zweck baut er – mit Hilfe der Konzentration auf den Abbau fossiler Rohstoffe – den Rüstungssektor zum modernsten und wichtigsten Wirtschaftsbereich aus und unterbindet gewaltsam alle Liberalisierungs- oder Unabhängigkeitsbestrebungen in den ehemaligen sowjetischen Republiken oder Autonomen Gebieten sowie im russischen Kernland selbst.

Vom chauvinistischen, großrussischen Standpunkt aus gehört die Ukraine, ebenso wie Belarus, mindestens in Teilen sowieso zu Russland. Putin hat der Ukraine die Existenzberechtigung abgesprochen und die Nationalitätenpolitik Lenins und der frühen Bolschewiki für die Existenz dieser Nation verantwortlich gemacht, die es aus seiner Sicht gar nicht geben soll. Er will die Ukraine entukrainisieren – er nennt das entnazifizieren. Was das bedeutet, wird deutlich an der Brutalität, mit der er diesen Krieg führt. Er und die Regierungskreise, die er vertritt, stehen in der Tradition des zaristischen Imperialismus.

– Wir lehnen das imperialistische Denken in Einflusszonen ab. Es geht zu Lasten der sozialen Lage der Arbeiterklasse (nicht nur in Russland), zu Lasten des Klimas, und es trägt den Keim von Kriegen in sich. Dass Russland gegenüber den USA der weitaus schwächere Part ist und im Gegensatz zu diesen nicht nach der uneingeschränkten Vorherrschaft auf der Welt strebt, tut dabei nichts zur Sache.

– Wir unterstützen alle Kräfte in Russland, die für ein sofortiges Ende der Kampfhandlungen und den Rückzug der russischen Truppen aus der Ukraine eintreten. Eine starke russische Antikriegsbewegung ist ein entscheidender Hebel, dem Krieg ein rasches Ende zu bereiten. Sie wird derzeit jedoch brutal unterdrückt.

2.

Die ukrainische Bevölkerung wehrt sich gegen russische Versuche, das Land unter ihre Kontrolle zu bringen. Sie fürchtet zu Recht den Verlust ihrer staatlichen Unabhängigkeit, bürgerlichen Freiheiten und demokratischen Rechte. In diesem Kampf stehen wir an ihrer Seite.

Das kann die Tatsache nicht verschleiern, dass auch in der Ukraine eine räuberische Oligarchie an der Macht ist. Sie ist politisch gespalten, weil ihre wirtschaftlichen Interessen teils mit der westlichen, teils mit der russischen Wirtschafts- und Finanzwelt verflochten sind. Jeder versucht, Teile des Staatsapparats auf Kosten des anderen unter seine Kontrolle zu bekom-

men.

Diese Oligarchie trägt ein gerüttelt Maß an Verantwortung für die Eskalation zum Krieg, weil sie beim Versuch, sich gegenseitig niederzunkonkurrieren, ihre jeweiligen regionalen und wirtschaftlichen Partikularinteressen nationalistisch auflädt, um sich eine Wahlgefolgschaft zu sichern. Sie ist nicht in der Lage, ein nationales Projekt für das gesamte Land zu formulieren; mit ihren unterschiedlichen, ökonomisch motivierten geopolitischen Orientierungen spaltet sie das Land. Dabei werden Minderheitenrechte wie die der an Russland orientierten Bevölkerung in der Ostukraine missachtet. Bereits die Regierung Juschtschenko hat ein Sprachengesetz verabschiedet, das das Russische als Amts- und Unterrichtssprache abschaffen und die russischen kulturellen Einflüsse zugunsten des Ukrainischen verdrängen sollte. Es wurde unter Janukowytsch kurzzeitig zurückgenommen, unmittelbar nach dessen Sturz aber wieder eingeführt.

Dieselbe Regierung Juschtschenko hat auch das EU-Assoziierungsabkommen angebahnt, mit dem die Ukraine schließlich vor die fatale Entscheidung gestellt wurde, entweder der EU beizutreten oder der Zollunion mit Russland, Belarus und Kasachstan. Dieses Abkommen und die nachfolgenden Proteste, die sich gegen seine Nichtunterzeichnung erhoben haben, haben das Land noch tiefer gespalten und innerhalb der Ukraine selbst zu einem Bürgerkrieg geführt. Dessen ungeachtet haben die nachfolgenden Regierungen Poroschenko und Selenskyj streng Kurs auf eine Mitgliedschaft in der EU und in der NATO gehalten; beides wurde 2019 sogar in der Verfassung verankert.

Der Kriegsbeginn hat die Stimmung zugunsten einer Westorientierung gewendet – obwohl man dazusagen muss, dass wir über die Verhältnisse in der Ostukraine wenig wissen und der Krieg auch noch nicht zu Ende ist. Vor diesem Hintergrund wird jedoch verständlich, warum die beiden letztgenannten Regierungen kein Interesse daran gezeigt haben, nach dem Euromaidan das Minsker Abkommen einzuhalten, das u.a. die Abhaltung von Kommunalwahlen in den Volksrepubliken Lugansk und Donezk und einen Dialog mit deren Führungen vorsah. Deutschland und Frankreich als Mitunterzeichnete des Abkommens haben ihrerseits wenig getan, um ein Scheitern des Abkommens zu verhindern. Dennoch waren sie überrascht von der russischen Reaktion – dem Überfall auf die Ukraine.

Wenn wir im Kampf gegen die russische Aggression auch vorbehaltlos auf der Seite der Ukraine

stehen, so ist doch die Oligarchenregierung für uns kein Bündnispartner. Sie verscherbelt seit Jahren Grund und Boden und staatliches Eigentum zu Schleuderpreisen – vielfach an westliche Konzerne; der Lebensstandard der abhängig Beschäftigten ist dramatisch zurückgegangen, ihre sozialen Rechte und ihre Rechte am Arbeitsplatz werden systematisch eingeschränkt – das neue Arbeitsgesetz ist nur das letzte Beispiel dafür. Oppositionelle Parteien wurden verboten. Die soziale Ungleichheit hat seit dem Fall der Mauer dramatisch zugenommen. Im offiziellen Ranking gilt die Ukraine, nur gefolgt von Russland, als das korrupteste Land Europas.

3.

Die Arbeiterklasse in der Ukraine ist multinational. Sie hat mehrfach zum Ausdruck gebracht, dass sie die Oligarchenherrschaft loswerden will. Auch sie lehnt eine russische Fremdherrschaft überwiegend ab und tendiert zu einer Anbindung an den Westen – an dieser Stelle decken sich ihre Interessen mit denen der Herrschenden. Das bedeutet aber nicht, dass sie den nationalistischen Kurs der Regierung unterstützt – schließlich hat Selenskyj die Wahlen mit dem Versprechen gewonnen, den Krieg im Donbass zu beenden. Ihr Interesse ist es, die russischen Soldaten aus dem Land zu vertreiben; ihr Interesse ist nicht, den Krieg in die Länge zu ziehen und die Oligarchenherrschaft zu unterstützen.

Tatsächlich ist sich die Regierung der Loyalität der arbeitenden Bevölkerung alles andere als sicher. Deren Haltung zum Krieg ist nicht so einheitlich, wie die ukrainische und die westliche Propaganda nahelegen. Das zeigt schon die Verhängung des Kriegsrechts – eine Reaktion

auf die anfängliche Massendesertion, die damit gestoppt wurde.

Die ukrainische Arbeiterklasse steckt in einer Zwickmühle: Sie unterstützt den Kampf gegen die Fremdherrschaft, aber sie hat keine Möglichkeit, mit eigenen Zielen in das Kriegsgeschehen einzugreifen. Sie wird von der herrschenden Klasse für deren Zwecke vereinnahmt. Sie kann nur ihre Stimme erheben, wenn es um soziale Belange geht, wie jüngst beim Arbeitsgesetze. Um an dieser Lage etwas zu ändern, müsste sie die Machtverhältnisse von Grund auf ändern; davon kann unter den gegebenen Bedingungen jedoch keine Rede sein. Je länger der Krieg allerdings dauert, desto wahrscheinlicher wird Kriegsmüdigkeit.

Wir respektieren und verteidigen die nationale Unabhängigkeit der Ukraine. Wir wenden uns allerdings gegen einen andere Nationalitäten ausschließenden Nationalismus, der nur auf nationale Unterdrückung mit umgekehrten Vorzeichen hinausläuft.

Über die Art ihres Widerstands kann die ukrainische Bevölkerung nur selbst entscheiden, wir haben von außen keine Ratschläge zu erteilen. Wir unterstützen allerdings den Widerstand der Gewerkschaften sowie der feministischen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln. Insbesondere ist uns daran gelegen, mit den sozialistischen Kräften in der Ukraine, wie sie sich etwa um die Organisation Sozialnyj Ruch gruppieren, in einen Dialog und eine Zusammenarbeit zu kommen.

4.

Die NATO will offiziell nicht Kriegspartei sein, legt die Grenzen dafür aber mit der Lieferung schwerer und weitreichender Waffen und dem Training ukrainischer Soldaten ziemlich weit aus. Tatsächlich verfolgt sie seit dem Fall der Mauer und unabhängig vom Verhalten der jeweiligen russischen Regierung einen systematischen Expansionskurs durch wirtschaftliche und militärische Integration vor allem der osteuropäischen Staaten; dabei stützt sie sich auf die geschichtlich bedingte, antirussische Haltung in diesen Ländern. Im Gegensatz zum Warschauer Pakt wurde die NATO damals nicht aufgelöst; USA und NATO haben eine „neuen Weltordnung“ unter ihrer alleinigen Vorherrschaft ausgerufen und dafür blutige Kriege auf dem Balkan, im Nahen Osten und in Afghanistan geführt. Seit der Orangen Revolution 2004 mischen sich die USA und die EU direkt in die inneren Angelegenheiten der Ukraine ein, nach dem Euromaidan kulminierte dies in einer direkten Einflussnahme auf die Bildung der neuen Regierung sowie einer systematischen Aufrüstung der ukrainischen Armee.

Der russische Angriff auf die Ukraine hat ganz gegen seine Intention die NATO und die Position der USA darin massiv gestärkt: sowohl durch ihre unverhoffte Ausdehnung auf weitere ost- und nordeuropäische Länder, als auch durch die blitzartige Wiederherstellung der Führungsrolle der USA im Bündnis. Die Friedensbewegung und die Linke wurden geschwächt, sie sind zudem in ihrer Haltung zum Krieg vielfach gespalten.

Der Krieg bietet der NATO darüber hinaus eine goldene Gelegenheit, das militärische Potential Russlands – das einzige, das es zu einer Großmacht macht – soweit zu schwächen, dass es im Hauptkampf des Westens gegen China keine bedeutende Rolle mehr spielt. Die USA haben inzwischen eigene Kriegsziele definiert, die weit über die Ziele der ukrainischen Führung hinausgehen. Sie beinhalten, „Russland wirtschaftlich und militärisch so zu schwächen, dass es zur Kriegführung nicht mehr in der Lage ist“. Oder in den Worten der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen: „die industrielle Basis Russlands zerstören“ – eine Art Morgenthau-Politik.

Deshalb „prophezeien“ US-Regierungsstellen auch, dass es einen „langen Krieg“ geben wird. Sie setzen auf einen Abnutzungskrieg, wofür die ukrainische Bevölkerung den Blutzoll bezahlen soll; die wirtschaftlichen Kosten werden auf die Bevölkerungen in den NATO-Ländern abgewälzt.

Der Krieg in der Ukraine ist deshalb auch ein Stellvertreterkrieg – mit begrenzten Kriegszielen, weil Russland für die USA nur ein zweitrangiger Gegner ist.

- In diesem Krieg stellen wir uns gegen die Aufrüstungsvorhaben der NATO und

- wir fordern die sofortige Einstellung der Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine, da sie das Potential haben, den Krieg zu eskalieren und eine unkontrollierbare Dynamik auszulösen.

Das Recht auf Selbstbestimmung eines Volkes gibt ihm nicht das Recht, andere Völker in den Krieg zu ziehen. Die ukrainische Führung versucht mit allen Mitteln, den Krieg zur Sache der NATO zu machen, weil ihre eigenen Mittel der Kriegführung begrenzt sind. Dem müssen wir entgegentreten, die auf Expansion drängende Eigenlogik des Krieges muss gebrochen werden.

Die Arbeiterklasse fremder Länder in einen Krieg zu treiben, der sie nichts angeht, hat mit proletarischem Internationalismus nichts zu tun. Dieser zielte stets darauf ab, einen Krieg schnellstmöglich zu beenden – sofern er kein Bürgerkrieg war.

5.

Der Krieg greift die Lage der arbeitenden Klassen massiv an, nicht nur in Russland und der Ukraine, auch in den europäischen NATO-Ländern. Zudem beschleunigt sie eine katastrophale Hungerkrise im globalen Süden.

Insbesondere in Deutschland haben die Medien und die politisch Verantwortlichen seit dem Überfall auf die Ukraine eine außen- und verteidigungspolitische Kehrtwende um 180 Grad unternommen. Der seit der Einführung der sog. Entspannungspolitik vorherrschende pazifistische Grundton ist einer unerträglichen Kriegshetze und Militarisierung des öffentlichen Diskurses gewichen. Man gewinnt geradezu den Eindruck, ein Teil der Meinungsmacher:innen habe nur darauf gewartet, Russland wieder zum Hauptfeind erklären zu können, um dem akuten Druck, der – bedingt durch Jahrhundertkrisen wie die Pandemie oder die Klimakatastrophe – bleischwer auf der Gesellschaft lastet, ein Ventil zu öffnen. Diese Stimmung ist kriegstreibend und greift demokratische Rechte, vornehmlich die Meinungs- und Pressefreiheit an. Russland wird derzeit für alles verantwortlich gemacht – für den Wirtschaftskrieg, den die NATO entfesselt hat; die Preissteigerungen, die zu einem großen Teil auf das Konto von Spekulanten gehen; die Hungersnot, die in den letzten Jahren wieder zunimmt, ohne dass dies die Herrschenden bislang besonders aufgeregt hätte. Es wird eine antirussische Hetze verbreitet, die keinen Unterschied macht zwischen dem russischen Volk und seiner Führung; es werden Proben aufrechter Gesinnung gefordert, die an Meinungsterror grenzen. Diese Hetze wendet sich auch gegen „innere Feinde“ wie etwa die Antikriegsbewegung, eine globalisierungskritische Bewegung wie Attac oder die antifaschistische Bewegung. Und sie dient dazu, die Gewerkschaften wieder in einen Burgfrieden zu drängen („konzertierte Aktion“).

Unter dem Vorwand des Beistands zur Ukraine ist ein beispielloses Aufrüstungsprogramm in Gang gesetzt worden, das unmittelbar gar nichts mit dem Krieg zu tun hat, sondern dazu dient, Deutschland einzureihen unter eine erneuerte, unbestrittene Vorherrschaft der USA in der NATO und es wirtschaftlich aus den Beziehungen mit Russland zu lösen – zumindest was strategische Güter betrifft. Künftig soll sich auch deutsche Außenpolitik ausrichten an dem einen Ziel, seine Ressourcen für den Konkurrenzkampf gegen China einzusetzen.

Und während die Bundesregierung den Verfassungsartikel, der Waffenlieferungen in Kriegsgebiete verbietet, geräuschlos kassiert hat, erklärt Japan, dass es seine pazifistische Verfassung ändern und gleichfalls aufrüsten will. Ein Weltkrieg rückt wieder in Reichweite, und in diesem – das zeichnet sich ab – werden auch Atombomben eingesetzt werden. Das bisher Undenkbare wird denkbar und wir sollen daran gewöhnt werden.

Die bisherige deutsche Außenpolitik hat einen empfindlichen Rückschlag einstecken müssen in Bezug auf ihr Vorhaben, zusammen mit Frankreich die EU als eigenständigen Global Player zu positionieren. Die lukrativen Geschäfte, die ein bedeutender Teil des deutschen Kapitals in den letzten Jahrzehnten aufbauen konnte, ja, die deutsche Exportmaschine selbst, die vom billigen russischen Öl und Gas profitierte, wurden durch die Sanktionen zunichte gemacht

bzw. sind nun ernsthaft bedroht – die USA wollen daraus Gewinn schlagen, indem sie diese Wirtschaftsbeziehungen zu sich selber umleiten.

Der brachiale Eingriff der USA treibt einen Spaltpilz in die EU; ihr großer Einfluss auf die osteuropäischen Mitgliedstaaten und das Ausscheren Großbritanniens aus der EU torpedieren deutsch-französische Bemühungen, die EU auf der internationalen Bühne mit einer Stimme sprechen zu lassen. Die zentrale Führungsrolle der Achse Paris-Berlin ist in Frage gestellt.

Der Wirtschaftskrieg, der in Form von Sanktionen ausgetragen wird, schadet bislang hauptsächlich den Bevölkerungen; das Eigentum der Oligarchen wird dadurch mehrheitlich nicht angetastet, nur ihre Verfügungsgewalt darüber. Und wo Konzerne im Westen Not leiden wie der Gaslieferant Uniper (an dem auch RWE beteiligt ist), eilt der Staat ganz unbürokratisch mit einer vorübergehenden Verstaatlichung zu Hilfe. Im Vertrauen auf diese Hilfe unterstützen die Kapitalverbände den bellizistischen Kurs der Ampelregierung, auch wenn noch niemand weiß, wo er hinführen soll. Denn mit Krieg lassen sich immer gut Geschäfte machen: die Rüstungs-, Öl- und Gasindustrie, der Zwischenhandel und die Finanzindustrie verdienen sich eine goldene Nase und die Aktienkurse steigen, während die Bevölkerung darauf eingestimmt wird, dass sie im kommenden Winter solidarisch zu frieren hat.

Wir lehnen es ab, dass die Bevölkerungen für diesen Krieg bezahlen sollen. Weder die Aufrüstung noch die verhängten Sanktionen sind geeignet, den Krieg in der Ukraine zu stoppen. Für die arbeitende Bevölkerung bedeuten sie nur hohe Entbehrungen, weitere Verarmung und Prekarisierung ihrer Existenz. Der sozial-ökologische Umbau bleibt gänzlich auf der Strecke.

6.

Die ersten breiten Demonstrationen der Empörung gegen die russische Invasion haben in zwischen einer gewissen Ernüchterung und Skepsis Platz gemacht. Die Zustimmung zur Lieferung schwerer Waffen ist von anfänglich 55 Prozent auf 42 Prozent gesunken (Stand Juni '22). Und die 100 Mrd. für die Bundeswehr stoßen auf breite Ablehnung. Die Angst vor einer Eskalation, insbesondere vor einem Atomkrieg, ist groß.

Dennoch tut sich die alte Friedensbewegung bislang schwer, in größerem Umfang gegen die neue Spirale von Rüstung und Krieg zu mobilisieren. Das liegt zum Teil an ihrer inneren Zerstrittenheit, zum Teil aber auch an dem offenbar immer noch abrufbaren, historischen Reflex gegenüber dem „gewalttätigen, unberechenbaren und heimtückischen Iwan“.

Wir können unser Augenmerk nicht allein auf den aktuellen Krieg richten – wir müssen die militaristische Dynamik sehen, die auf lange Sicht dadurch in Gang gesetzt wird. Auf ihrer Gipfelkonferenz im Juni in Madrid hat die „neue“ NATO in die Gleise des Kalten Krieges zurückgefunden. Sie erklärt, sie befinde sich nun „in einer Ära strategischer Konkurrenz und erachte Russland als die größte Bedrohung ihrer Sicherheit“. Die Fixierung eines solchen Feindbilds öffnet dem Nationalismus und Chauvinismus Tür und Tor, zumal in Verbindung mit den zunehmenden wirtschaftlichen Krisen und der sich verstärkenden Klimakatastrophe.

In dieser Situation kommt es auf einen standfesten Internationalismus der arbeitenden Klassen an. Der ist nicht gegeben, den müssen wir uns erarbeiten. Der Aufbau einer internationalen Antikriegsbewegung – Zimmerwald II? – muss von nun an eine ständige Aufgabe von uns sein.

7.

Der Kampf gegen den Krieg verbindet sich mit allen Kämpfen gegen Teuerung und weiteren Sozialabbau, gegen den Abbau demokratischer Rechte und für eine ökosozialistische Wende. Wir fordern deshalb:

- Sofortiger Abzug aller russischen Truppen aus der Ukraine!
- Stoppt den Krieg! Waffenstillstand sofort! Der Logik des Krieges setzen wir sozialen Widerstand und Solidarität von unten entgegen.

- Uneingeschränkte humanitäre Hilfe für die ukrainische Bevölkerung!
 - Aktiver Austausch mit und Unterstützung von betrieblichen Kollektiven, Frauenstrukturen, gewerkschaftlichen Strukturen und sozialen Bewegungen in der Ukraine!
 - Volle Unterstützung für die russische Antikriegsbewegung!
 - Gegen jeden Nationalismus – auch in Russland und in der Ukraine!
 - Für eine internationale Antikriegsbewegung!
 - Unterstützung russischer und ukrainischer Deserteure!
 - Gleichbehandlung aller Flüchtlinge!
 - Streichung der Alt-Schulden der Ukraine. Vergabe neuer Kredite ohne IWF-Auflagen!
 - Auflösung der NATO. Keinen Cent für die Bundeswehr! Stoppt die Auslandseinsätze! Streichung des 2-Prozent-Ziels!
 - Wir zahlen nicht für eure Kriege! 100 Mrd. in den sozialen und ökologischen Umbau statt in die Rüstung!
 - Abzug der Atomwaffen aus Büchel und Schließung der US-Base Ramstein! Atomkraftwerke und Atomwaffendepots sind erste Angriffsziele! Deutschland muss auf die nukleare Teilhabe verzichten und den Atomwaffensperrvertrag endlich unterzeichnen.
 - Rüstungskonzerne enteignen und einer gesellschaftlich nützlichen Produktion zuführen! Die Energieversorgung gehört in öffentliche Hand und unter öffentliche Kontrolle! Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!
 - Mit der erfolgreichen Spendenkampagne für Sozialnyj Ruch (6700 Euro) haben wir einen Anfang gemacht.
-
- Wir beteiligen uns an bundesweiten Friedensdemonstrationen;
 - Wir setzen die Kontaktaufnahme und Zusammenarbeit mit ukrainischen Genoss:innen in Deutschland fort;
 - Wir nehmen, wenn möglich, an der nächsten Delegationsreise des Europäischen Netzwerks teil.

Auf der Bundeskonferenz der ISO am 17./18.9.2022 mit einer knappen Mehrheit, einigen Enthaltungen und vielen Gegenstimmen angenommen